

**Berichte aus den "nicht-thematischen"
Workshops : Erarbeiten eines
Massnahmenkatalogs = Comptes-rendus des
ateliers "non-thématiques" : élaboration d'un
catalogue de mesures = Resoconti dei
workshop "non tematici" : elaborazione di un
catalogo di misure...**

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Schriftenreihe = Collection / Forum Helveticum**

Band (Jahr): **7 (1997)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

**URS ALBRECHT
TANIA OGAY
RITA FRANCESCHINI
FRANÇOIS GRIN**

**BERICHTE AUS DEN «NICHT-THEMATISCHEN»
WORKSHOPS: ERARBEITEN EINES
MASSNAHMENKATALOGS**

**COMPTES-RENDUS DES ATELIERS «NON-
THÉMATIQUES»: ÉLABORATION D'UN
CATALOGUE DE MESURES**

**RESOCONTI DEI WORKSHOP «NON TEMA-
TICI»: ELABORAZIONE DI UN
CATALOGO DI MISURE**

**RAPPORTS DALS WORKSHOPS «NUN
TEMATICS»: ELAVURAZIUN D'IN
CATALOG DA MESIRAS**

WORKSHOP / ATELIER 1

Urs Albrecht

1. Verständigung: Möglichkeiten und Grenzen des neuen Sprachenartikels

Auch unsere Arbeitsgruppe hat im themenübergreifenden Workshop einen bunten Strauss von Vorschlägen zusammengestellt, wie die Verständigung unter den Sprachgemeinschaften in unserem Land verbessert werden könnte. So üppig die Ideen auch sprossen, kann doch nicht übersehen werden, dass das Feld, wo wir die Vorschläge suchten, bereits sehr eingegrenzt war. Eingegrenzt durch die neue Verfassungsbestimmung (Art. 116 Abs. 2) selber. Da heisst es nun seit dem 10. März 1996:

Bund und Kantone fördern die Verständigung und den Austausch unter den Sprachgemeinschaften.

Ein Blick in den Entwurf des Bundesrates zu einem neuen Sprachenartikel genügt, um bewusst zu machen, dass sogar in dieser an sich unbestrittenen Bestimmung die Selbstzensur gewirkt hat. Im Entwurf hatte die Bestimmung nämlich noch einen zweiten Teil:

...und fördern die gesamtschweizerische Präsenz aller vier Landessprachen.

In der Architektur des bundesrätlichen Entwurfs zum Sprachenartikel bildete das Paar *Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften - gesamtschweizerische Präsenz der Landessprachen* auf sprachkultureller Ebene eine Entsprechung zum sprachrechtlichen Paar *Sprachenfreiheit-differenziertes Territorialitätsprinzip*. Sprache wurde didaktisch verstanden: Unter subjektivem Aspekt als diejenige Form, in der sich das Bewusstsein des Individuums kristallisiert, und unter objektivem Aspekt als diejenige Form, in der sich die Kultur einer Gemeinschaft artikuliert. Schematisch dargestellt ergibt sich folgendes Bild:

	subjektiver Aspekt	objektiver Aspekt
sprachenrechtliche Massnahmen	Gewährleistung der der Sprachenfreiheit	Erhaltung und Förderung der Landessprachen in ihren Verbreitungsgebieten. Schutz bei Bedrohung
sprachkulturelle Massnahmen	Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften	Gesamtschweizerische Präsenz aller vier Landessprachen

Von diesem Gebäude ist im neuen Sprachenartikel nur noch die *Verständigung* übriggeblieben - so wenig, dass sich das Parlament genötigt sah, die Bestimmung von Abs. 2 durch *Austausch* wenigstens verbal etwas anzureichern.

Damit widerspiegelt sich im neuen Sprachenartikel aber eine unzeitgemäss gewordene Auffassung von Mehrsprachigkeit und kultureller Vielfalt. Die Landessprachen und die Sprachgemeinschaften werden auf homogene Sprachräume festgelegt, die sich gegeneinander klar abgrenzen lassen. Die Beziehungen zwischen diesen Räumen werden durch Verständigungsbemühungen und gegenseitigen Austausch gesichert. Dafür sind jedoch Brückenschläge notwendig: eben «Punts - Ponti - Ponts - Brücken».

2. Verständigung: Eine staatsbürgerliche Aufgabe oder das Ergebnis gelebter Mehrsprachigkeit

Der neue Sprachenartikel ist unverbesserlich optimistisch. Er setzt bei den Angehörigen der einzelnen Sprachgemeinschaften ein - wohl staatsbürgerlich zu begründendes - Interesse an den andern Sprach- und Kulturräumen des Landes voraus. Aber besteht heute das Bewusstsein einer nationalen Identität, die sich aus vier Sprachen und Kulturen bildet, überhaupt noch?

Der neue Sprachenartikel setzt weiter die Bereitschaft voraus, Kenntnisse der anderen Landessprachen zu erwerben, um sich überhaupt mit den Angehörigen der anderen Sprachgemeinschaften verständigen zu können. Und er impliziert, dass Verständigungsbereitschaft und Sprachenlernen so etwas wie Kulturfähigkeit bewirken: die Fähigkeit, andere Kulturen nicht einfach zu rezipieren, sondern aktiv an ihnen teilzuhaben.

Diese Konzeption setzt aber so viel Bildungswillen und Kulturbewusstsein voraus, dass sie bestenfalls für eine kleine Elite handlungsbestimmend werden kann. Für die Mehrheit der Bevölkerung dürften Sprachkontakte und interkulturelle Verständigung sich wohl eher aus konkreten Situationen ergeben: wenn etwa Sprecherinnen und Sprecher verschiedener Sprachen sich in einem gemeinsamen Interesse treffen, und es von beiden Seiten Verständigungsbemühungen braucht, diese Interessen gemeinsam zu verwirklichen. Ein solches Modell geht nun aber davon aus, dass in allen Landesteilen, insbesondere auch in der Deutschschweiz und der Romandie, die jeweils anderen Landessprachen im ganzen öffentlichen Leben in einem gewissen Masse präsent sind.

3. Schwierigkeiten einer staatsbürgerlich begründeten Verständigungspolitik

Nach allem, was in den Plenarvorträgen und in den Workshops zu den Bereichen Bildung, Jugend, Medien und Wirtschaft zu hören war, sehen sich die Bemühungen einer staatsbürgerlich orientierten Verständigungspolitik mit gegenläufigen und weltweit wirksamen Tendenzen konfrontiert. Diese liefern mögliche Gründe dafür, weshalb die Motivation, in der Schweiz zuerst und vor allem die anderen Landessprachen zu erlernen, abnimmt.

Globalisierung

Die elektronischen Medien, der Massentourismus und die amerikanisch geprägte Massenkultur haben die Welt zum Dorf werden lassen. Für grosse Teile der Bevölkerung sind direkte oder medienvermittelte Kontakte zu anderen Kulturräumen heute eine Selbstverständlichkeit. Die Leichtigkeit des Kontakts hat aber auch zu einer eher oberflächlichen Auseinandersetzung mit dem Fremden geführt, die sich zunehmend in einer international standardisierten Form präsentiert. Gleichwohl geniesst das Fremde ausserhalb des eigenen Landes grössere Attraktivität als das eigene Fremde.

Noch leichter zugänglich wird das Fremde überdies durch die unbestrittene Funktion des Englischen als Lingua franca im internationalen Kontakt. So sehr, dass zumindest für oberflächliche und eher zufällige Kontakte auch im Landesinnern häufig Englisch als Verständigungsmittel benutzt wird. Wozu also noch die anderen Landessprachen lernen, deren kommunikative Reichweite beträchtlich geringer ist als jene des Englischen?

Rückzug ins Private

Der Verlust des Eigenen, der durch die Globalisierung droht, wird durch vermehrte Rückwendung zum Kleinräumigen, Vertrauten kompensiert. Man ist aktiv in lokalen Arbeitsgruppen, in Interessensgemeinschaften, in Bürgerinitiativen, die sich mit Problemen auseinandersetzen, zu denen man selber direkten Zugang hat. Gleichzeitig nimmt die Bereitschaft ab, sich zu grösseren, überregionalen Netzen zusammenzuschliessen. So beklagen sich viele Verbände und Dachorganisationen darüber, dass sie kaum mehr Freiwillige für Aufgaben im nationalen Rahmen rekrutieren können. Man kann diese Tendenz auch mit Desolidarisierung umschreiben, darf aber durch die negative Etikettierung nicht vergessen, dass für viele der Rückzug ins Private - hervorgerufen durch die ökonomische Krise - eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist.

Der öffentliche Diskurs gilt deshalb vielen als abgehoben, von den drängenden Problemen des Alltags meilenweit entfernt und erscheint ihnen

als unglaubwürdig und technokratisch. Statt zur aktiven Teilnahme am Staatswesen aufzufordern, bewirkt er das Gegenteil: Politikverdrossenheit. Wozu also sich um nationale Verständigung kümmern, wo doch die persönlichen Probleme vorgehen?

Individualisierung

In einer Zeit, wo es kaum mehr allgemeinverbindliche kulturelle und ethische Überzeugungen gibt, muss sich das Individuum die Orientierung in der Welt immer stärker selber suchen. Auch die Schulen vermitteln nicht mehr allen Schülerinnen und Schülern denselben Stoff. Sie sind dazu übergegangen, vor allem das Lernen zu lehren und den Kindern zu zeigen, wie sie ihre besonderen Interessen und Fähigkeiten mit den ihnen am besten liegenden Lerntechniken weiterentwickeln können.

In einem solchen Konzept vom Lernen kommt der persönlichen Motivation der Schülerinnen und Schüler immer grössere Bedeutung zu. Ist es da noch statthaft, das Erlernen bestimmter Sprachen vorzuschreiben? Denn um Lernerfolge zu garantieren, nützt heute der Hinweis auf die gesellschaftliche Notwendigkeit von Kenntnissen und Fähigkeiten nichts mehr, gelernt wird innerhalb und ausserhalb der Schule dort, wo der persönliche Nutzen des Lernens evident ist.

4. Vorhandene Mehrsprachigkeit nutzen und Mehrsprachigkeitssituationen schaffen

Eine staatsbürgerlich orientierte Sprachenpolitik wird es angesichts der dargestellten Tendenzen schwer haben mit Verständigungsmassnahmen, die ja immer auch effizient und wirkungsvoll sein sollen. Könnten hingegen vermehrt Situationen geschaffen werden, in denen Mehrsprachigkeit vorausgesetzt wird, liessen sich gewisse Aspekte der unter Ziffer 3 als negativ gedeuteten Tendenzen ins Positive wenden und für eine nachhaltige Verständigungspolitik nutzen.

Kulturfähig werden

Die Internationalisierung der Märkte und Geschäftsbeziehungen ist nicht gleichbedeutend mit *Coca Cola und Englisch auf der ganzen Welt*. Sie bedeutet gleichfalls: flexibel sein, sich anderen Strukturen anpassen, kulturelle Besonderheiten wahrnehmen und akzeptieren, um wirtschaftlich erfolgreich zu werden. Diese Einsicht könnte Anreiz sein, mindestens die Sprecherinnen und Sprecher der anderen Landessprachen im eigenen Sprachgebiet besser kennenzulernen, ohne von sich aus mehr Raum zu gewähren, sich in ihrer eigenen Sprache zu artikulieren. Dies würde aber eine tolerantere Haltung gegenüber den sprachlichen Minderheiten im eigenen Sprachgebiet verlangen. Konkret bedeutet das: Ein gewisses Mass an Mehrsprachigkeit in der Schule, in grossen Verwaltun-

gen, in der Kirche, in Vereinen, in den Medien usw. Doch der Vorteil wäre evident: eine kulturelle und sprachliche Bereicherung des eigenen Sprachraums, vermehrte Ausstrahlung der eigenen Landessprachen ausserhalb ihres Sprachgebietes. Und ganz besonders: Die Sprachkontakte würden jeweils im Originalton in der einen oder der andern Landessprache geführt, sicherlich nicht über eine Lingua franca wie das Englische.

Im Kleinen mehrsprachig werden

Auf nationaler Ebene in einem mehrsprachigen Staat am öffentlichen Diskurs teilzunehmen, ist ein Anspruch, der für die grosse Mehrheit der Bevölkerung wohl überzogen ist. Es wäre schon ein grosser Erfolg, wenn die Anderssprachigen im Aufnahmegebiet Zugang zur kleinräumigen Öffentlichkeit hätten, sich in ihrer eigenen und in der Sprache der Ortsansässigen artikulieren würden: z.B. in den Elternräten der öffentlichen Schulen, in Lokalradios, in der Kirchgemeinde, der Gemeindeversammlung usw.

Dazu wäre aber eine Kultur des polyglotten Dialogs erforderlich, vor allem die Bereitschaft der sprachlichen Mehrheit in den jeweiligen Landesgegenden, Anderssprachige mindestens zum Teil in ihrer Anderssprachigkeit zu akzeptieren: So müsste es zur Selbstverständlichkeit werden, dass z.B. die französischsprachige Mutter in Bern oder Zürich ein Arbeitspapier ihres Quartiervereins in ihrer Muttersprache verfassen könnte. Der deutschsprachige Rentner in einer Tessiner Gemeinde sollte eine schriftliche Anfrage an die Gemeindebehörde auf Deutsch richten können, die Gemeinde würde auf italienisch antworten.

Verständigung beginnt im Privaten; wie soll das Verständnis für andere Sprachgemeinschaften und ihre Kultur wachsen, wenn es im Privaten gar nicht zu Verständigung zwischen verschiedensprachigen Individuen kommt? Dass dieser Bereich staatlichen Bemühungen verschlossen ist, stimmt nur bedingt. Gerade in Schulen und Medien kann der polyglotte Dialog geübt und vorgelebt werden: Die an der Kommunikation Beteiligten sprechen ihre Sprache und versuchen, das Gegenüber in seiner Sprache zu verstehen. Sie lernen, das Verständnis in einem Gespräch zu sichern, indem sie nachfragen, zusammenfassen, mit Wörtern aushelfen usw. Solche Kommunikationsformen sind nur dort selbstverständlich, wo die Sprachen der beteiligten Kommunikationspartnerinnen und -partner gleichberechtigt sind. In der Schweiz ist dies - insbesondere wegen der ausgesprochenen Territorialität der Landessprachen - nicht der Fall: Es muss also eine Kultur des mehrsprachigen Diskurses erst entwickelt werden.

Es ist unökonomisch, für sämtliche Teilbereiche Wirtschaft und Forschung, Technik, Kultur und Politik, Freizeit usw. Fachleute, Spezialliteratur, Hilfsmittel in allen Landessprachen zur Verfügung zu halten.

Das Interesse des Individuums an Spezialisierung und Differenzierung sollte vermehrt dazu genutzt werden, Sprachbarrieren zu überwinden. So

könnten in Schulen gewisse Fächer oder einzelne Themen (z.B. Studienwochen, Blockveranstaltungen) von anderssprachigen Spezialistinnen und Spezialisten in deren Muttersprache abgehandelt werden, sozusagen als language immersion ad hoc. Oder in Sportvereinen käme es zum überregionalen Austausch von Trainerinnen und Trainern...

Der Vorteil wäre gleich ein doppelter: Die Fremdsprache würde unter weitgehend natürlichen Spracherwerbsbedingungen gelernt, und über die Fremdsprache würde ein den individuellen Bedürfnissen und Interessen entsprechendes Fachgebiet erschlossen. Mit dem Sachunterricht in einer Fremdsprache werden zudem ganze Sachgebiete der fremden Sprache erschlossen, mithin der Zugang zu umfassenden Ausschnitten der Kultur anderer Sprachgemeinschaften.

5. Katalog von Massnahmen zur Förderung von Verständigung und Austausch

Unsere Arbeitsgruppe hatte wegen der knapp bemessenen Zeit nicht Gelegenheit, ihre Vorschläge auf ihre Verträglichkeit mit den unter Ziffern 3 und 4 erwähnten Tendenzen hin zu überprüfen. Sie werden im folgenden in möglichst authentischer Form resümiert. Effekt und Effizienz des einen oder anderen Vorschlags beurteile ich persönlich eher skeptisch, weil die notwendige Voraussetzung - die nationale Mehrsprachigkeit in jedem Landesteil - im neuen Verfassungsartikel fehlt.

Ich bin mir bewusst, dass an der sprachrechtlichen Konstruktion von Artikel 116 BV wohl kaum etwas geändert werden kann. Aber in sprachkultureller Hinsicht wäre im Rahmen der Nachführung der BV der Versuch durchaus lohnenswert, die Präsenz aller vier Landessprachen in den einzelnen Landesteilen als Förderungsgegenstand von Bund und Kantonen wieder explizit zu nennen. Ohne nationale Präsenz der Landessprachen bleibt die Verständigungspolitik von Bund und Kantonen notwendigerweise steril.

Einzelne Förderungsbereiche:

Medien

- Weniger Demagogie, mehr Reflexion und Verantwortung im Bereich der Verständigung über die Sprachgrenzen hinweg.
- Entsprechende Ausbildungsangebote für Medienschaffende.
- Verstärkte Berichterstattung über Brückenschläge/Begegnungen.
- Stärkere Nutzung der Möglichkeiten, welche die Oertli-Stiftung bietet.
- Redaktionelle Beiträge nicht nur über andere Landesteile, sondern auch in den anderen Landessprachen.
- Mehr fremdsprachiger Originalton im Fernsehen: Untertitelung von Interviews mit Persönlichkeiten aus Politik, Sport, Kultur usw.

Bildung

Allgemein

- Vereinheitlichung der Schul- und Berufsbildung, mindestens in dem Mass, als es für Austauschbestrebungen usw. erforderlich ist.
- Gegenseitige Anerkennung von Studienleistungen und -ausweisen als Voraussetzung zur Förderung der Mobilität.
- Wenn möglich, Einführung obligatorischer Sprachaufenthalte.
- Eine für Schüler- und Jugendaustausch verantwortliche Person in jedem Kanton (EDK).
- Es werden «Austauschstätten» geschaffen: Neben der bewährten Form der Aufnahme in Austauschfamilien werden spezifische Unterbringungsmöglichkeiten für Austauschwillige geschaffen. Diese sollten für besondere Begegnungsveranstaltungen mit der erforderlichen Infrastruktur zur Unterstützung der Verständigung über die Sprachgrenzen hinweg ausgestattet sein (z.B. Übersetzungsdienst).
- Förderung von nationalen Begegnungsmöglichkeiten, auch wenn dabei der «Konsumaspekt» im Vordergrund steht (z.B. Rockkonzerte, Filmfestivals für Jugendliche usw.).

Berufsbildung

- 2-3wöchiger Lehrlingsaustausch über die Sprachgrenzen hinweg als Bestandteil des Lehrvertrags (Berufsverbände; BIGA, KIGAs). Vorteil: Nicht das Spracherwerbsargument, sondern die Erweiterung des fachlichen Horizonts steht im Vordergrund.

Schulorganisation

- Mehr Autonomie für die einzelne Schule: Horizontale statt vertikale Unternehmensführung schafft mehr Flexibilität und begünstigt Begegnungsprojekte wie «Seitenwechsel»: Kostenlose unternehmerische Beratung der Schule in organisatorischen und wirtschaftlichen Belangen durch die Wirtschaft.
- Institutionalisierte Partnerschaften zwischen Schulen (direkt auf Rektoratsebene). Job rotation über die Sprachgrenzen hinweg.

Gemeinwesen

- Partnerschaften innerhalb der Schweiz verstärken (Städteverband, Gemeindeverband; Unterstützung durch BAK).
- Bestehende Mehrsprachigkeit stützen und fördern: zweisprachige Städte/Gemeinden, Kantone und offiziell einsprachige Städte mit grossen anderssprachigen Gemeinschaften für ihren Aufwand für mehrsprachige Verwaltungsleistungen entschädigen.
- Unterstützung der Verständigungspolitik durch eine entsprechende Strukturpolitik.

Language Immersion (LI)

LI ist offensichtlich das effizienteste Sprachlernsystem und, was die Kulturfähigkeit betrifft, wohl auch das nachhaltigste. Deshalb sind LI-Bemühungen - insbesondere auch auf lokaler Ebene - zu fördern (Beiträge BAK): Lehrkräfte ausbilden - Evaluation - Begleitung - Öffentlichkeitsarbeit.

Kirche

- Brücken schlagen: Mehrsprachige Gottesdienste und Gemeindeveranstaltungen.
- Jugendarbeit: Sensibilisierung für Mehrsprachigkeit/Multikulturalismus.

Information

- Infobörse über alle einschlägigen Institutionen, mit Angabe ihres Tätigkeitsbereichs und ihrer Verständigungs-/Austauschangebote.
- Publikationsorgan zum Thema Verständigung sowie Verständigungs-Netzwerk.

WORKSHOP / ATELIER 2

Tania Ogay

Introduction

Comment développer la compréhension et l'échange entre les régions linguistiques en Suisse? La première recommandation qui vient automatiquement à l'esprit après avoir eu l'avantage de participer au séminaire «Punts» est de multiplier les séminaires de ce type, qui non seulement fut une occasion privilégiée de rencontrer des personnes des différentes régions linguistiques en Suisse, mais également de différents secteurs d'activité: jeunesse, médias, économie, formation, politique... Une diversité féconde pour des discussions animées sur un sujet de préoccupation commune: l'entente entre les locataires de la maison Helvétie¹.

Mais en fait, quel est le problème entre ces locataires de la maison Helvétie? Essayer de répondre à cette question dépasserait bien sûr le cadre et les possibilités de ce rapport, mais nous retiendrons comme base pour notre réflexion quelques conclusions de l'étude² qui nous a été présentée par M. Pascal Sciarini lors de la première matinée du séminaire. Un des éléments qui ressort de cette étude est que la Suisse ne souffre pas tant aujourd'hui d'une animosité des régions entre elles, mais plutôt d'une indifférence croissante pour ce que fait et pense l'autre. Les auteurs de l'étude parlent en effet d'une segmentation du discours politique et public, qui évolue de façon séparée dans les différentes régions, conduisant ainsi aux psychodrames des lendemains de votations. Les auteurs pointent courageusement³ un doigt accusateur sur le fédéralisme, qui permet certes de gérer la diversité en laissant (presque) toute latitude aux cantons d'adopter une organisation qui correspond aux particularités régionales, mais qui encourage également un évolution séparée de petits mondes qui ont tendance à ne plus voir ce qui se passe autour d'eux et perdent peu à peu l'habitude de communiquer avec leurs voisins.

1 Cela n'a pas été abordé pendant le séminaire, mais il serait souhaitable à mes yeux que la réflexion sur «la compréhension et l'échange entre les communautés linguistiques en Suisse» (ainsi que le formulait l'intitulé du séminaire) soit abordée de façon globale, c'est-à-dire en incluant dans la réflexion l'autre dimension de la diversité suisse: celle apportée par les immigrés. Tenir deux discours distincts à propos de ces deux dimensions de la diversité en Suisse me paraît peu propice à la production de réponses qui permettent véritablement de penser la complexité de la Suisse moderne.

2 Kriesi H., Wernli B., Sciarini P., Gianni M. (1995): Le clivage linguistique: problèmes de compréhension entre les communautés linguistiques en Suisse. Université de Genève, Département de Science politique.

3 C'est encore un sujet tabou en Suisse!

Ainsi, améliorer la compréhension et l'échange entre les communautés linguistiques en Suisse ne demande pas (encore ?) de lutter contre des sentiments de rejet de l'autre mais plutôt de réfléchir à des moyens pour réveiller cet intérêt pour l'autre, notamment en multipliant les contacts et les coopérations entre institutions et personnes des différentes régions linguistiques.

1. Jeunesse

Au sujet des activités extra-scolaires de jeunesse, la discussion partit d'un constat: il existe en Suisse de nombreuses associations de jeunesse, aux activités très diverses, qui permettent aux jeunes qui s'y investissent d'avoir des contacts avec d'autres jeunes de leur région tout comme de la Suisse entière. Ainsi, que ces associations de jeunes traitent directement de la thématique des relations entre les régions (comme le font DynamiCHa, ou AFS avec son programme d'échange entre Suisse alémanique et Suisse romande), ou qu'elles aient des activités sans rapport direct avec cette préoccupation (que l'on pense par exemple aux scouts, etc.), de toutes façons les associations de jeunesse jouent un rôle très important dans l'amélioration de la compréhension entre les régions linguistiques car elles représentent pour de nombreux jeunes l'unique occasion d'établir des contacts avec les autres régions linguistiques. Il ne s'agit donc pas d'inventer des programmes nouveaux à la place des associations de jeunesse, mais «simplement» de les soutenir dans leurs efforts, d'améliorer les conditions dans lesquelles ces associations travaillent. C'est dans cet esprit que le groupe a formulé ses recommandations:

Soutenir les associations de jeunesse afin qu'elles puissent pleinement jouer leur rôle demande:

- Que la Confédération, les cantons et les communes élaborent une véritable politique de la jeunesse, coordonnée entre ces différents acteurs.
- Que la politique de la formation et la politique de la jeunesse soient pensées de façon coordonnée, sans les cloisonnements actuels.
- Que le travail associatif soit reconnu et valorisé, de façon à encourager les jeunes à s'engager. Les autorités scolaires devraient considérer le travail associatif comme un complément bienvenu aux études (qui permet d'appliquer les connaissances abstraites acquises dans la formation) plutôt que de le voir comme un concurrent aux études.
- Que la Confédération apporte une aide concrète aux associations de jeunesse pour ce qui a trait aux problèmes pratiques et de fonctionnement que leur pose le plurilinguisme (par exemple par un bureau de traduction pour la documentation des associations).

2. Médias

Les médias, qu'ils soient écrits ou électroniques, ont sans conteste un rôle fondamental dans la formation de l'opinion, dans la transmission des images et stéréotypes sur l'autre. L'amélioration des relations entre les régions peut difficilement se passer d'un engagement fort des médias dans ce sens. Comme l'ont montré Kriesi et ses collaborateurs dans leur analyse du clivage linguistique, il est particulièrement important que les médias ne se laissent pas enfermer dans le cloisonnement régional mais qu'au contraire ils multiplient les partenariats et les synergies au-delà des régions et donnent l'envie à leur public d'aller voir plus loin que leur petit bout de pays.

Les premières recommandations formulées par le groupe concernent plus particulièrement les journalistes et animateurs:

- La formation des journalistes et animateurs devrait comprendre une ouverture sur la culture des autres régions et assurer qu'ils aient au minimum une compétence passive dans les autres langues nationales.
- Pour les journalistes et animateurs des radios et télévisions alémaniques, la formation devrait également insister sur la compétence en allemand standard pour qu'ils puissent animer avec aisance les émissions en allemand standard.
- La formation des journalistes devrait obligatoirement comporter un semestre dans une autre région linguistique.
- La formation des journalistes et animateurs devrait comprendre une sensibilisation à leur rôle de formateurs d'opinion, notamment par des connaissances en psychologie sociale sur les stéréotypes et préjugés.

Le groupe s'est ensuite préoccupé du contenu des émissions et articles:

- Les émissions/articles devraient donner une plus large place aux autres régions, ceci afin d'éviter ce cloisonnement du discours public signalé dans l'étude de Kriesi et collaborateurs.
- Les médias devraient chercher à développer la sensibilité du public à la diversité culturelle et linguistique. Nous vivons en effet dans un pays qui se dit fier de son pluriculturalisme mais qui n'en parle en fait que très peu et ne met pas suffisamment en valeur sa richesse culturelle.
- Les émissions et journaux bilingues sont des initiatives intéressantes à soutenir et à développer, même si plusieurs membres du groupe ont exprimé leurs doutes quant à la pérennité de telles initiatives. Les échanges d'articles et d'émissions, moins lourds à organiser, sont une alternative également à développer.

D'autre part, le groupe a encore formulé les recommandations suivantes:

- La réception de tous les programmes de radio et de télévision devrait être assurée dans toutes les régions.

- Le travail très important réalisé par l'Agence télégraphique suisse doit être reconnu dans toute sa valeur et soutenu par des moyens appropriés.
- La concession des radios et télévisions privées devrait également inclure l'exigence d'œuvrer à la compréhension entre les communautés linguistiques.
- Les médias devraient réfléchir à l'utilisation des nouvelles technologies, par exemple des possibilités offertes par Internet, pour notamment intéresser les jeunes à ce qui se passe dans les autres régions (Forum sur Internet dans les 3 (4) langues nationales).

3. Economie

Dans le contexte politique et social actuel, les membres du groupe n'avaient bien sûr pas la naïveté de croire que les responsables économiques feraient de la promotion de la compréhension entre les communautés linguistiques leur objectif principal. Le groupe espère cependant que se développe chez les entreprises cette conscience d'«entreprise citoyenne», qui ne considère pas uniquement les impératifs économiques à court terme mais également les besoins du contexte social et culturel dans lequel s'inscrivent les activités de l'entreprise.

Dans un souci de réalisme et d'efficacité, le groupe s'est concentré sur une seule recommandation à l'intention du monde économique, recommandation qui lui semble aller autant dans l'intérêt de la promotion de la compréhension entre les régions que dans celui des entreprises elles-mêmes:

- Les entreprises devraient mettre en place des mesures afin de promouvoir la mobilité de leurs employés, à commencer par les échanges d'apprentis. L'OFIAMT devrait également s'engager activement pour développer les échanges d'apprentis, par exemple en attribuant des crédits aux apprentis qui font un séjour dans une autre région linguistique. La mobilité permet de développer la polyvalence et les capacités d'adaptation au changement. L'encouragement de la mobilité permettrait de diminuer le chômage des jeunes, cela permettrait également d'atteindre une meilleure représentation des minorités dans les instances dirigeantes des entreprises.

4. Formation

La formation est le domaine vers lequel se tournent naturellement tous les regards, comme à chaque fois que la société est confrontée à un problème qui implique les attitudes et le comportement social de la population. En effet, les tâches et responsabilités de l'école pour l'amélioration de la compréhension et des échanges entre communautés linguistiques

ne manquent pas, les recommandations formulées par le groupe ont été nombreuses:

- Les échanges, les contacts entre élèves des différentes régions sont indispensables au développement d'attitudes favorables, et ceci à tous les niveaux de formation. Il s'agit donc de les soutenir et de les développer, afin qu'ils ne soient plus une exception mais deviennent une évidence, de les reconnaître et de les valoriser dans le parcours de formation (par exemple par l'attribution de crédits). A ce titre, *ch* Echange de jeunes doit recevoir tout le soutien nécessaire.
- L'éducation bilingue, que ce soit par immersion ou par d'autres méthodes, ainsi que l'éveil aux langues sont à développer, à tous les niveaux. Les expériences des projets pilotes en cours doivent être évaluées, une méthode pour la généralisation de ce type de formation doit être élaborée ainsi qu'une didactique de l'enseignement bilingue à intégrer dans la formation des enseignants. Une attention toute particulière doit être portée à la question des enfants de langue étrangère, qui ne doivent en aucun cas être défavorisés par ces innovations mais au contraire valorisés (il serait par exemple souhaitable avant de généraliser ces innovations qu'une discussion de fond ait lieu sur la question des langues nationales et des langues étrangères de l'immigration).
- La formation des enseignants de tous les niveaux devrait comporter un semestre obligatoire dans une autre région linguistique.
- La mobilité géographique des enseignants devrait être encouragée, à commencer par la possibilité pour un enseignant d'exercer sa profession dans un autre canton que celui dans lequel il a été formé. Une convention existe à ce sujet, à laquelle la pratique devrait se conformer.
- La mobilité des étudiants de l'Université doit également être promue, ceci par une mise en oeuvre effective du concordat sur la reconnaissance des diplômes, ainsi que par la reprise du programme CH-Unimobil.

Enseignement de la L2:

- L'importance de la L2 pour le fonctionnement politique du pays, pour la participation des citoyens à la vie fédérale doit être reconnue et expliquée aux élèves, plus souvent attirés par l'anglais.
- L'enseignement de la L2 doit être relié à la réalité suisse plutôt que d'être orienté comme aujourd'hui encore sur l'Allemagne et la France. En exploitant mieux les richesses que l'on trouve dans notre pays, les enseignants donneraient à l'enseignement de la L2 une dimension plus vivante et concrète, où la L2 est une langue de communication et d'échange et non pas une matière scolaire sélective. Plutôt que de viser l'expression parfaite, que seule une minorité des élèves pourra atteindre, l'enseignement de la L2 doit avant tout viser une compétence passive pour tous les élèves.
- Les enseignants devraient développer l'utilisation des nouvelles technologies de la communication et de l'information pour rendre l'enseignement plus attrayant et plus motivant.

- Revaloriser l'enseignement de la L2 dans la formation professionnelle semble indispensable si l'on souhaite que les apprentis soient mobiles après leur formation.
- Les élèves romands devraient recevoir au cours de leur formation une introduction et une sensibilisation aux dialectes suisses-alsémaniques, ceci afin de leur donner les quelques clés nécessaires pour dépasser leur appréhension du dialecte.
- Les enseignants disposent souvent dans leurs classes de ressources très riches et pourtant trop rarement mises en valeur: les élèves provenant des autres régions linguistiques, qui pourtant pourraient jouer le rôle de pont entre leurs camarades de classe et leur région d'origine. Il est frappant de voir que la Suisse contraint généralement ses migrants internes à l'assimilation culturelle, alors que l'on connaît pourtant les richesses d'une intégration, dans laquelle la personne migrante acquiert une nouvelle culture sans devoir renoncer à sa culture d'origine.
- La Commission L2 de la CDIP doit être remplacée par une nouvelle structure dotée des moyens financiers nécessaires pour développer l'enseignement de la L2 en Suisse. Il est fondamental que la CDIP montre une volonté politique claire de poursuivre dans la voie tracée par la Commission L2.

Conclusion

Les idées sont nombreuses, les bonnes volontés aussi. Mais le poids des stéréotypes et des égocentrismes est lourd. Peut-on véritablement apporter un changement aux relations entre les communautés linguistiques en légiférant? Afin de créer des conditions plus favorables, sans aucun doute. Mais le travail le plus important se situe au niveau des attitudes, et on ne légifère pas sur les attitudes. Il s'agit d'un travail de longue haleine, dans lequel tous les acteurs sociaux ont leur rôle à jouer. La Suisse, qui se dit toujours fière de son pluriculturalisme, a encore fort à faire pour que ce pluriculturalisme (coexistence de différentes cultures) devienne véritablement un interculturalisme (interaction, échange entre ces cultures).



BARRIGUE

© by FORUM HELVETICUM

WORKSHOP / ATELIER 3

Rita Franceschini

Ziel der Arbeitsgruppen war es, konkrete Vorschläge für eine Verbesserung der Verständigung zwischen den Sprachgruppen zu formulieren. Der Ist-Zustand war aus den einführenden Referaten einsichtig geworden, über die Leitgedanken eines Soll-Zustandes schien grundsätzlich Übereinstimmung zu herrschen. Die Arbeitsgruppe setzte sich somit zum Ziel, in Hinblick auf einen wünschenswerten Soll-Zustand *mittelfristig konkret umsetzbare Vorschläge* zu machen und wenn möglich die Ansprechpartner für deren Durchsetzung zu benennen. Die Ergebnisse der Gruppendiskussion werden nachfolgend thematisch gegliedert aufgeführt. Doch sollen vorerst die Leitgedanken, die die Gruppe ihren Vorschlägen zugrundegelegt hat, kurz dargestellt werden.

Leitgedanken

1. Die zu ergreifenden Massnahmen sollen auf dem Selbstverständnis des mehrsprachigen Zusammenlebens gründen

Damit ist gemeint, dass es nicht darum gehen soll, die unterschiedlichen Sichtweisen in den Landesteilen hochzustilisieren. Es soll vielmehr der Einsicht zum Durchbruch verholfen werden, dass die schon vorhandene Vielfalt auch als Ausdruck moderner Pluralität selbstverständlich und überall im Alltag anzutreffen ist. Ausgehend von der eigenen Umgebung soll grundsätzlich die Sensibilität für die Wahrnehmung von Mehrsprachigkeit geweckt werden: in der Nachbarschaft, in der Arbeitskommunikation, im Freundeskreis, in der eigenen Familiengeschichte.

Ferner ist mit diesem Selbstverständnis des mehrsprachigen Zusammenlebens gemeint, dass die zu treffenden Massnahmen *nicht* die Mehrsprachigkeit ins Zentrum rücken sollen, vielmehr sollen die verschiedenen Sprachen notwendiges *Medium* sein, um gemeinsame Interessen und Aktivitäten zu verwirklichen: Beim Austausch z.B. über gemeinsame Musikinteressen wird Sprache als Problem in den Hintergrund gedrängt, dagegen rückt Sprache zum Gelingen gegenseitigen Verständnisses in den Vordergrund. Ohne mit zu vielen Erwartungen beladen zu werden, kann Sprache dabei selbstverständlich für jene Aufgaben genutzt werden, für die sie vornehmlich zu dienen hat: dem gegenseitigen Verständnis in real stattfindender Kommunikation. *Das Verständnis wird nicht durch 'das Reden darüber' herbeigeführt, sondern wohl wirksamer über gemeinsames konkretes Handeln erreicht.*

In der Gruppe war die Überzeugung stark vertreten, dass mit Zwang, Druck und Vorschriften nicht viel erreicht werden kann. Dem Wecken

von unvoreingenommener Neugier, der Eigenaktivität in der Suche nach Kontakt über Sprachgrenzen hinweg wurde Priorität eingeräumt.

2. Die zu ergreifenden Massnahmen sollen darauf gründen, die Teilnehmer durch ein gemeinsames Ziel zusammenzuführen

Der zweite Leitgedanke ist eng mit dem ersten verbunden, aber meint zudem sehr konkret, dass Massnahmen an ein (nichtsprachliches) *Thema* geknüpft sein sollen. Dieses soll, weil es grenzübergreifend auf Interesse stösst, die Personen zusammenbringen. Sei es im Bereich der Freizeitgestaltung, in der Berufs- und Weiterbildung: Eine gemeinsame Aufgabe, die gemeinsame Lösung eines Problems, die gemeinsame Gestaltung eines Auftrages, der gegenseitige Austausch von Informationen soll im Vordergrund stehen, der mehrsprachige Umgang miteinander hilft dabei der Erreichung des Zieles. Von einem solchen zielgebundenen Sprachkontakt ist auch ein guter Spracherwerb zu erwarten (wie dies Untersuchungen zum *task-oriented second language learning* nachweisen).

Der Leitgedanke will ferner zum Ausdruck bringen, dass man Personen nicht über den Appell an den guten Willen zum gegenseitigen Verständnis zusammenführen kann, dass man nicht mit Appellen an die nationale Einheit oder mit Drohungen zum Auseinanderdriften der Landesteile überzeugen kann. Kurz gefasst: *Zur Motivation sollen nicht programmatische Ziele vorgegeben werden, sondern solche, die praktisch umsetzbar sind.*

3. Die Massnahmen zur Förderung der Kontakte sollen koordiniert erfolgen

Der dritte Leitgedanke befasst sich konkret mit der Umsetzung der Vorschläge: Die schon vorhandenen und die neuen Aktivitäten im Bereich der Förderung der Kontakte sollen aufeinander abgestimmt werden.

Die Forderung nach vermehrter Koordination war in der Arbeitsgruppe nicht ganz unbestritten: Neben allen Vorteilen bspw. einer nationalen Koordination, bringt diese doch auch eine vermehrte Bürokratisierung, Insitutionalisierung, Distanz zum Interessenten, etc. mit sich, die der doch auch nötigen Spontaneität und regional flexiblen Gestaltung im Wege stehen könnte.

Themenbereiche

1. Die Medien: Ratlosigkeit

Während der ganzen Veranstaltung war deutlich geworden, dass die Medien in bezug auf das innerschweizerische Zusammenleben der Landesteile eine wichtige Rolle spielen: Sei es, weil sie das Thema zur Spra-

che bringen - und damit zu einem Problem machen (können) - , sei es, dass sie zur besseren Kommunikation Hand bieten können. Einig war man sich darüber, dass die Berichterstattung unbefriedigend ist, dass Plattheiten und Stereotype in Umlauf gebracht werden, die weder einer doch weit differenzierteren Realität gerecht werden, noch dem Verständnis zuträglich sind.

Eine Abhilfe davon wurde in der besseren Ausbildung der Medienschaffenden gesehen, welche doch scheinbar nicht besonders fundiert über das andere Sprachgebiet informiert sind. So hatte man aus den Expertenreferaten erfahren, dass Medienleute höchst selten in einem anderen Sprachgebiet einen Aufenthalt absolvieren. Dass das Problem weit über das Thema des Verständnisses über die Sprachgebiete geht, sondern generell mit der weitgehend fehlenden Professionalisierung der Journalismusausbildung zusammenhängt, macht es schwierig, konkrete Vorschläge zu formulieren. Besonders verheerend wirkt sich diese Lücke in bezug auf Themen aus, die mehr Reflexion verlangen: Um festgefahrenen Diskussionen wie gerade derjenigen zum Verständnis über die Sprachgrenzen hinweg nicht mit der Wiederholung von Stereotypen zu begegnen, sondern neue Sichtweisen einzubringen, ist eine bessere Ausbildung vonnöten. Besonders bedauerlich ist in der Schweiz das Fehlen einer Tradition des Wissenschaftsjournalismus, der bspw. auch Ergebnisse aus der Forschung interessant und mediengerecht darstellen könnte. Gerade im Bereich der Sprachkontakte zwischen den Landesteilen ist in den letzten Jahren einiges an Forschungsarbeit geleistet worden, welche von Journalisten sehr dürftig gelesen wird. In Übereinstimmung mit den oben genannten Leitgedanken, soll eine Sensibilisierung der Medienschaffenden über ein themenbezogenes Angebot erreicht werden. So sollen bspw. Weiterbildungsangebote in andere Landesteile führen, die Vermittlung der Themen dort auch in verschiedenen Sprachen erfolgen. Die Teilnehmenden würden über eine Art *Immersion* in Kontakt mit den vielfältigen sprachlichen und kulturellen Realitäten kommen.

Konkret zu den Print-Medien wurde der Vorschlag formuliert, vermehrt Pressespiegel aus den je anderen Landesteilen vorzusehen (ähnlich wie dies zur ausländischen Presse schon besteht). Damit könnten Gesichtspunkte, wie sie sich in einem anderen Landesteil entwickeln, mitverfolgt werden - und nicht erst bei einer Abstimmung mit Erstaunen die unterschiedlichen Positionen lediglich festgestellt werden.

In bezug auf die elektronischen Medien wurde vorgeschlagen, dass bei Fernsehsendungen, v.a. bei Nachrichten, vermehrt die Übersetzung auf Text-Bänder eingesetzt werden sollte.

2. Die Jugendlichen: mehr «fun» durch Austausch

Die Gruppe befand, dass sich vor allem der *Freizeitbereich* für Projekte, die die Mehrsprachigkeit und das Verständnis zwischen den Sprachgrup-

pen fördern, eignet. Es sollen aber nicht etwa Kurse zur «Förderung des eidgenössischen Zusammenlebens» ausgeschrieben werden. Über gemeinsame Aktivitäten und geteilte Interessen soll das Zusammenleben sozusagen als Nebenprodukt erlebbar werden. So bieten sich z.B. nebst Sport, Musik- und Theaterworkshops zum sprachübergreifenden Zusammentreffen auch Sammlerbörsen, Kurse in Informatik und im Multimediabereich, usw. an. Es wurde ein europäisches Projekt erwähnt, bei dem Jugendliche in einem nicht mehr benutzten Haus Räume gestalten konnten.

Dem ersten Leitgedanken gemäss ist mit der Förderung solcher Projekte und Kurzprogrammen gemeint, dass bspw. beim Austausch von Informationen zu Computerprogrammen zwischen einem Genfer und einem Zürcher Jugendlichen - aber auch am eidgenössischen Turnfest! - wohl mehr Zusammenleben praktiziert wird als in noch so mancher Diskussion darüber.

Es geht aber nicht darum, so befand man ferner in der Gruppe, ein Projekt sozusagen wohlmeinend von 'oben herab' in die Wege zu leiten. Vielmehr gilt es, Eigenaktivitäten von Jugendgruppen vermehrt zu unterstützen und vor allem *national* bekannt zu machen. Das gemeinsame Ziel, für welches geworben wird, sollte die Jugendlichen zusammenbringen, doch die Themenvorschläge sollten von den Jugendlichen selbst eingebracht werden.

Im Übergangsbereich zwischen Freizeit und Ausbildung wurde vorgeschlagen, den Jugendurlaub auszubauen und für diese Zeit gezielte Projekte anzubieten, an denen sich Auszubildende aus den verschiedenen Landesteilen beteiligen können. Das Bundesamt für Kultur könnte hier Ansprechpartner sein.

Nicht neu war der Vorschlag, in der Ausbildung einen Aufenthalt im anderen Sprachgebiet zu integrieren; eher neu ist hingegen der Vorschlag, Lehrbetrieben, die dies fördern, mit Steuererleichterungen einen Anreiz zu geben. Wohl müssten dafür Gesetzesgrundlagen geschaffen werden; BIGA, Berufs- und Wirtschaftsverbände sind dazu aufgefordert. Es wurde auch die Wiederbelebung des Gesellenjahres zur Sprache gebracht, welches bei Jugendlichen sich einer steigenden Beliebtheit erfreut.

3. Bildung: Pflichtaufenthalt in einem anderen Sprachgebiet?

Trotz Bekenntnissen zur Freiwilligkeit drang in der Gruppe doch auch manchmal der Wunsch auf, Aufenthalte im anderen Sprachgebiet schlichtweg als Pflicht zu erklären: Vor allem für Personen, die in Lehrberufen tätig sind, sollte ein Aufenthalt zur Ausbildung gehören.

Konkret besteht die Möglichkeit, einen Bildungsurlaub direkt an die Bedingung eines Aufenthaltes im anderen Sprachgebiet zu knüpfen. Es

sollte jedoch nicht ein Aufenthalt sein, der lediglich die Belegung von Sprachkursen vorsieht, sondern mit einem selbstgewählten Weiterbildungsthema zusammenhängt: ein Arboner Lehrer belegt Betriebspsychologiekurse an der Universität Neuenburg, eine Lehrerin aus Bellinzona macht einen Stage in der Basler Chemie im Bereich Farben und Textilien.

Der Wert von Auslandsaufenthalten ist schon lange bekannt: In der Fremde wird man sich seiner eigenen (Un-)Fähigkeiten bewusst, man wächst persönlich an den Problemlösungen, die man alleine suchen muss. In ähnlichem Umfang ist dies auch bei Inlandsaufenthalten erlebbar. Dabei käme wohl, nebst allen Gemeinsamkeiten, die man bei einem Aufenthalt in einem anderen Sprachgebiet doch auch finden wird, ein differenzierteres Bild der Schweiz zustande. Für vom *Burn-out-Syndrom* betroffene Lehrer und Lehrerinnen könnte eine solche (Selbst-)Erfahrung hilfreiche Impulse geben.

Im Bereich der Weiterbildung wurde, immer gemäss den anfangs dargelegten Leitgedanken, das Prinzip der Immersion auch für in Lehrberufen Tätige propagiert: Die Weiterbildung sollte vermehrt national angeboten werden, so dass Personen aus verschiedenen Landesteilen sich zum gewählten Thema zusammenfinden können. Die Landessprachen gelten als Kurssprachen. Über ein schon vorhandenes Fachvokabular - nehmen wir als Beispiel das der Geologie - sind schon Verständnisbrücken möglich. Weitere Strategien müssen gemeinsam erarbeitet werden. So müssten etwa Nachfragemöglichkeiten erprobt werden, Tandem-Partner zur Teilübersetzung vorgesehen werden, etc. Diese Anstrengungen würden jedoch auf einem schon thematisch vorhandenen Interesse fussen: Man will bspw. wissen, wo der genaue Fundort eines Gesteins ist, ob man eine Exkursion dahin organisieren kann, etc. Wenn auch in einer Art und Weise banal, so lassen sich doch über gemeinsame Interessen reelle Kontakte knüpfen.

Ein weiterer Vorschlag, der den Bildungsbereich interessiert, betrifft die Lehrmittelerprobung. Es lassen sich Projekte denken, die national ausgeschrieben werden und Lehrer und Lehrerinnen aus verschiedenen Landesteilen zu einem Unterrichtsthema zusammenführen. Das gemeinsam erarbeitete Material wird in den eigenen Klassen erprobt, Erfahrungen werden wiederum im gesamten Kreis ausgetauscht.

In eine ganz andere Stossrichtung ging der Vorschlag, die Schuleinheiten in der Schweiz grösser zu fassen, da die Kantonalisierung des obligatorischen Bildungsbereiches ein Hindernis für die Durchführung von Projekten ist, die eine grössere Reichweite haben. Von einigen wurde gar die Lancierung einer diesbezüglichen Initiative vorgeschlagen.

Für diesen gesamten Bildungsbereich sind die Kantone und die EDK, aber auch die SISPP/ISSP aufgefordert, Massnahmen in die Wege zu leiten.

Schlussbemerkungen

Der Bericht konnte nicht ganz ohne den Begriff «Sprachgrenze» auskommen. Persönlich möchte ich dazu anführen, dass mir der Begriff immer unangepasster erscheint: Zu gut weiss man aus eigener Erfahrung, dass man diese Sprachgrenze weder sehen kann, noch dass es einfach ist, sie sich konkret vorzustellen. Die Sprachgrenze wird letztendlich eine Abstraktion und nur über Kommunikation fassbar (und dies nicht erst heute): die Ortsschilder führen andere Namen, die Kioskfrau und der Tankwart sprechen anders zu uns, das Zugspersonal wechselt die Ansprache ... Und doch: Die Unterschiede sind da, obwohl es zur Entschärfung der mitunter hitzig geführten Diskussion auch angebracht wäre, differenzierter zu überlegen, worin diese Unterschiede genau bestehen: Die Sprache allein ist es wohl kaum, auch lässt es sich nicht allein am Abstimmungsverhalten festmachen. Stadt-Land-Unterschiede und regionale Unterschiede allgemein (unabhängig vom Sprachgebiet), sowie unterschiedliche historische Traditionen und Spracheinstellungen tragen auch massgeblich zu jenen sogenannten 'Mentalitätsunterschieden' bei, wie sie nur zu gerne unbedacht evoziert werden.

Das sogenannte Thema des «Auseinanderklaffens der Landesteile» betrifft zudem nicht die Landesteile an sich, die tatsächlich verschieden sein können, sondern die Instrumentalisierung dieser Unterschiede zu anderen Zwecken. Diese Politisierung des Themas weist dabei genau in die umgekehrte Richtung, in die das Verständnis weisen sollte: Verständnis gründet auf einer Auffassungsgabe, welche Neuem und Anderem mit kritischer Distanz zuhören kann und dabei Neugier spielen lässt. Beides ist, betrachtet man die offiziellen Verlautbarungen und verfolgt man gängige politische (Medien-) Debatten, dünn gesät. Doch sei auch eine begründete Hoffnung angemeldet, dass diese Fähigkeiten in der restlichen Bevölkerung nicht in derselben Weise proportional untervertreten sind!

Was im Moment auseinanderklafft, sind vielmehr eindeutige Zuschreibungen von Personen und Gruppen zu dieser oder jener Identität; was auseinanderklafft, sind die Verständigung und die Gemeinsamkeiten: Vieles ist in offensichtlicher Weise mehrdeutig geworden, gängige Interpretationen sind nicht lange gültig, ständig müssen Annahmen überprüft werden. Kurzlebigkeit nennen es einige, oder mit anderen Worten: Der Umgang mit pluriellen Identitäten, mit Uneindeutigkeiten, mit schnell wechselnden Zuschreibungen ist zu erlernen. All diese neuen Anforderungen machen vor keiner Sprachgrenze halt.

Was am Begriff Sprachgrenze sowie demjenigen der Sprachgemeinschaft ebenfalls stört, ist, dass beide so klare Verhältnisse vortäuschen: Wo verläuft bspw. die Sprachgrenze zwischen einem Dorf X und einem Dorf Y, wenn 80% der Bevölkerung in ihrem Alltag auch die 'andere' Sprache spricht? Wie verläuft sie nachts oder tagsüber, wenn 80% der Berufstätigen

gen auf der 'anderen' Seite arbeiten? Wo verläuft sie schliesslich, bei einer mehrsprachigen Person? Statt mit solchen viel zu undifferenzierten Einheiten zu operieren, wäre es nötiger denn je, den Blick dafür zu öffnen, dass mehrsprachiges Handeln schon immer wichtig war: Es liegt in der Schweiz jahrhundertaltes Wissen brach, das den Umgang mit mehreren Sprachen betrifft, besonders entlang dieser Sprachgrenze (s. Win-disch et al. 1992).

Es wäre demnach vonnöten, den Blick zu öffnen auf die Mehrsprachigkeit in der eigenen Umgebung: Französisch wird nicht nur in der Romandie gesprochen, sondern auch in der Deutschschweiz und vor allem auch in der italienischsprachigen Schweiz, ebenso verhält es sich mit den anderen Landessprachen: Im Kanton Zürich gibt es kein Dorf, wo nicht jemand in der Familie oder am Arbeitsplatz Italienisch spricht; Französisch als Sprache am Arbeitsplatz erhält in der Deutschschweiz mehr Prozentwerte als Englisch, letztere Sprache unterliegt am Arbeitsplatz Schweizerdeutsch, selbst bei Sprechern romanischer Sprachen! Gerade letzteres wird auch mit der Veröffentlichung der Analyse der Sprachdaten der Volkszählung 1990 wohl kaum das seit einigen Jahren mit Erfolg geschaffene Schreckgespenst von Englisch als Kommunikationssprache zwischen Schweizern zum Verschwinden bringen.

Ich erlaube mir, noch auf weitere 'schwarze Löcher' in der zur Zeit laufenden Diskussion hinzudeuten: Auffällig ist bei den Diskussionen um Verständigungsprobleme zwischen den Sprachgemeinschaften, dass in erster Linie an das andere Sprachgebiet gedacht wird: bspw. an die 'Romands' in der Romandie. Ausser acht gelassen wird dabei, dass viele Sprecher einer Landessprache auch ausserhalb des Sprachgebietes leben, oder täglich oder wöchentlich pendeln. Sie sind diejenigen, die diese Erfahrungen, von denen auch hier oft so abstrakt gesprochen wird, tagtäglich aus innerer Anschauung erleben. Ihre meist unbeachteten Erfahrungen könnten hingegen als nützlicher Ausgangspunkt dienen, wie Verständigung konkret und praktisch vor sich geht. Es liegen dazu auch Untersuchungen vor (Lüdi, Py und Mitarbeiter 1994/1995), welche bislang bedauerlicherweise nur geringe Beachtung gefunden haben.

Ein weiterer Punkt betrifft die Beurteilung der 'Stärke', des 'Gewichts' oder des 'Handelswertes' einer Sprache: Es sind alles Metaphern, die im politischen Diskurs verwendet werden. Wenn bspw. davon gesprochen wird, dass eine Sprache soundsoviele Sprecher hat, dann denkt man unmittelbar an solche, die eine bestimmte Sprache als sog. Muttersprache sprechen (gemeint ist damit in etwa, dass es die Sprache ist, zu der man sich gefühlsmässig am meisten hingezogen fühlt, mit der man zuerst aufgewachsen ist, die man am besten spricht). Will man das zahlenmässige Gewicht einer Sprache beurteilen, dann müsste man zumindest auch jene Sprecher einbeziehen, die man als 'Benutzer' dieser Sprache bezeichnen kann (F. Coulmas). Bei bspw. fast gleich vielen Sprechern von Türkisch und Englisch (1990 knapp über 60'000), liegt eindeutig die Stärke der

englischen Sprache darin, dass sie ein Vielfaches an Benutzern verzeichnet, allem voran in der Berufskommunikation des Kaderbereichs. Ähnlich ergeht es im übrigen Italienisch: Auch diese Sprache weist mehr Benutzer als 'Muttersprachige' auf, v.a. in Berufssparten des unteren Segments (auf dem Bau, im Spital und im Gastgewerbe). Und was die französische Sprache betrifft, so wird die Analyse der Sprachdaten der Volkszählung aufzeigen können, dass Französisch eine hohe Anziehungskraft auf Sprecher anderer Sprachen ausübt: In der französischsprachigen Schweiz wechseln mehr Personen (Deutschsprachige, aber auch bspw. Spanischsprachige) zu Französisch und geben gleichzeitig ihre Herkunftssprache auf. Dies widerspiegelt sich auch in der Tatsache, dass von den Landessprachen allein Französisch prozentual in den letzten Jahren einen Zuwachs an Sprechern aufweisen kann.

Bei der Diskussion um Lösungen zum innerschweizerischen Verständigungsproblem wird unserer Meinung nach von zu starren Sprecherprofilen ausgegangen und auch der Mobilität zu wenig Beachtung geschenkt. Es haben sich in den letzten Jahrzehnten vielfältige Szenarien von unterschiedlichem mehrsprachigem Verhalten ergeben (Franceschini 1996), die im politischen Diskurs noch nicht Aufnahme gefunden haben. So ist bspw. das offiziell viersprachige Land vielmehr als mehrsprachiges zu bezeichnen, wobei die mehrsprachigsten Schweizer nebst den Rätoromanen die Eingebürgerten sind! Heute verfügt die Schweiz über genügend Sprecher verschiedenster Sprachen, die sie mit weitentfernten Märkten verbindet. Dass dieses 'Kapital' noch nicht erkannt wird, ist aber wohl eher ein Thema für die weitere Zukunft. Von dieser erhofft man sich, dass Treffen der Art «Punts - Ponti - Pons - Brücken» Tradition werden und Raum bieten für die dringend nötige Reflexion über die Vielfalt der Kommunikation in der Schweiz.

Literaturangaben

- R. Franceschini, De quelques scénarios plurilingues en Suisse, in: Conférence intercantonale des Départements de l'instruction publique de la Suisse romande et du Tessin (CDIP/SR+TI), L'état des langues en Suisse, «Regards» 96.302 (1996), 9-29.
- G. Lüdi / B. Py und Mitarbeiter, Fremdsprachig im eigenen Land. Wenn Binnenwanderer in der Schweiz das Sprachgebiet wechseln und wie sie darüber reden, Helbing und Lichtenhahn, Basel 1994. vers. fr.:
- G. Lüdi / B. Py et collaborateurs, Changement de langage et langage du changement. Aspects linguistiques de la migration interne en Suisse, L'Age d'Homme, Lausanne 1995.
- U. Windisch et collaborateurs, Les relations quotidiennes entre Romands et Suisses allemands. Les cantons bilingues de Fribourg et du Valais, tome I et II, Payot, Lausanne 1992.

WORKSHOP / ATELIER 4

François Grin

Remarques introductives

De même que les trois groupes de travail précédents, le groupe 4 s'est successivement rendu dans les quatre ateliers thématiques, où il a pu s'informer des dimensions «formation», «jeunesse» «média» et «économie» dans l'après-midi du 27 juin; le groupe s'est retrouvé, dans la matinée du 28 juin, afin de synthétiser les questions soulevées et les idées lancées, et tenter de formuler des propositions, générales et pratiques, visant à l'amélioration de la compréhension entre les communautés linguistiques de Suisse.

Treize personnes ont participé aux travaux du groupe 4, qui avait la chance de compter le dessinateur Barrigue: au cours des ateliers de la première journée, Barrigue a su croquer sur le vif les problèmes évoqués, et apporter à nos discussions un vent frais toujours très bienvenu.

Pour chacun des quatre thèmes, nous avons cherché à identifier un certain nombre de problèmes de fond et les priorités que ceux-ci nous suggéraient sur le plan de l'action; ceci supposait au passage une identification des acteurs concernés au premier chef.

Comme les trois autres groupes de travail, nous avons regretté que le manque de temps ne nous permette pas de pousser plus loin la discussion; en conséquence, certaines thématiques ont dû être traitées plus succinctement que d'autres, ce qui confirme du reste que le séminaire correspondait à un véritable besoin, et qu'il y aurait lieu de renouveler et de poursuivre cette expérience.

Les quelques pages qui suivent reprennent donc les discussions du groupe 4, en respectant l'ordre dans lequel celui-ci a abordé les quatre thématiques du séminaire. Il n'est pas inutile de rappeler au lecteur que ce compte-rendu n'a aucunement vocation d'examen scientifique approfondi, et qu'il vise plutôt à résumer les interrogations principales qui sont apparues dans un débat tourné vers l'expérience quotidienne.

Thème «économie»

L'animateur de l'atelier «économie», M. André Gachet, avait d'entrée de jeu souligné que deux questions ont une importance cruciale quant au rôle que l'économie (au sens de l'ensemble des activités de production et de distribution du secteur privé ou, le cas échéant, para-public) peut jouer à l'égard de la compréhension inter-communautaire: premièrement,

l'économie *favorise-t-elle*, compte tenu de ses objectifs et de ses intérêts, la construction de «ponts»? Deuxièmement, en a-t-elle *besoin*?

Ces deux questions nous ont amenés à mettre en relief les problèmes suivants:

1. On observe une modification structurelle des tissus économiques régionaux et des rapports de complémentarité qui s'étaient créés entre eux; cela se traduit en général par une baisse de la part relative des échanges inter-régionaux (notamment entre régions linguistiques) par rapport au volume total des échanges économiques.
2. Il existe une tension, que l'économie traiterait (en se servant de l'anglicisme d'usage...) de «trade-off» entre la *globalisation* des échanges économiques d'une part, et l'ambition, inspirée de considérations sociales et politiques, de *renforcer* les échanges entre les communautés linguistiques de Suisse.
3. Les priorités des décideurs économiques n'ont pas de raison, *a priori*, de cadrer avec celles des acteurs répondant à une autre rationalité, notamment politique ou macro-sociale; reprenant une phrase de l'économiste Friedman, on peut résumer cette divergence par la maxime «the business of business is business». Une politique linguistique (au même titre que toute politique publique) peut donc être amenée à procéder à une pesée d'intérêts divergents.
4. L'économie est une réalité complexe. Par conséquent, la divergence (ou la convergence) entre les priorités de l'économie et l'objectif (social et politique) d'harmonie entre les communautés linguistiques se pose de manière différente à différents niveaux de l'économie. Selon le secteur économique considéré et l'échelle des activités économiques en cause, les phénomènes marquants ne seront pas les mêmes.
5. En ce qui concerne les participants au marché du travail eux-mêmes, plusieurs intervenants ont signalé une baisse de la disponibilité des personnes (notamment les francophones et les italophones) à s'installer en Suisse alémanique, particulièrement à Zurich.
6. Le redéploiement des flux d'échange contribue sans doute à conférer à la langue anglaise une importance croissante; toutefois, précisément parce qu'elle apparaît comme plus utile, et que plus de gens l'apprennent, les compétences en anglais vont avoir tendance à se *banaliser*; par conséquent, les individus auront un intérêt personnel, pour se démarquer et pour disposer d'un avantage comparatif sur le marché du travail, à apprendre des langues tierces. La question qui se pose alors est la suivante: de quelles langues s'agira-t-il? Le rôle des langues nationales de la Suisse doit alors être défini non seulement par rapport à l'anglais, mais aussi par rapport à d'autres langues dans lesquelles les

individus pourront être tentés d'investir, comme par exemple l'espagnol ou le japonais.

Compte tenu de ces six questions centrales, trois catégories de mesures, qui peuvent faire partie intégrante d'une *politique linguistique*, nous ont paru dignes d'examen, et ont donc été présentées à la séance plénière du 28 juin:

1. Il serait utile de mettre en évidence, à l'intention des milieux économiques (c'est-à-dire des décideurs) le potentiel créateur de la *diversité linguistique*. Certes, on admet en principe que les chefs d'entreprise savent ce qui est dans leur intérêt; toutefois, il n'est pas certain, en raison des perspectives, voire des idéologies «unilinguistes» qui prévalent souvent dans la culture d'entreprise (y compris dans les travaux théoriques et les manuels en administration des affaires), que les décideurs économiques prennent toujours la pleine mesure de la valeur de cette diversité.
2. Ce n'est qu'assez récemment que de grandes entreprises ont pris conscience de l'intérêt qu'il y avait à «calibrer» linguistiquement les messages publicitaires, en passant au besoin à une stratégie de communication plurilingue. Celle-ci ne concerne pas que les langues de grande diffusion (comme l'espagnol en plus de l'anglais sur certains marchés régionaux aux Etats-Unis), mais aussi des langues minoritaires: ainsi, telle entreprise de denrées alimentaires a vu ses parts de marché au Pays de Galles s'accroître notablement lorsque l'étiquetage et l'emballage a pris en compte le gallois, en parallèle avec l'anglais. Ceci n'est qu'un exemple, qui donne à penser que la diversité linguistique peut être incorporée dans la stratégie de distribution, mais aussi, sans doute, de production des entreprises. Dans le cas de la Suisse, la Confédération pourrait donc financer le projet «Romanche visible» (*Rumantsch Vesaivel*). Le principe de ce projet, dont l'idée a été lancée dès 1991, est de persuader les grandes entreprises de distribution de biens de consommation de passer d'un étiquetage trilingue à un étiquetage quadrilingue pour renforcer la présence visible du romanche dans l'ensemble du pays.
3. Plusieurs grandes entreprises, y compris des entreprises semi-publiques, opèrent dans deux, trois ou quatre régions linguistiques de Suisse, indépendamment de leur implantation à l'étranger. Lorsqu'elles disposent de succursales dans différentes régions, il y aurait lieu de les encourager à placer temporairement certains membres de leur personnel dans d'autres régions linguistiques. Il ne s'agit donc pas de *réglementation*, mais *d'incitation*. Le mécanisme à mettre en place peut prendre la forme d'avantages fiscaux accordés au prorata des «placements linguistiques» effectués sous l'égide de ces entreprises; il peut s'agir, par exemple, d'une prise en charge d'une partie de la part employeur des contributions aux assurances sociales des employés concernés.

4. Un système d'incitations similaire peut être mis en place pour les *apprentis* employés par les petites et moyennes entreprises (qui fournissent la majeure partie des places d'apprentissage). En tant que PME, elles ne disposent qu'exceptionnellement de succursales dans d'autres régions linguistiques, aussi faudrait-il développer des systèmes de placement inter-entreprises, à vocation linguistique. Ceci offrirait l'avantage d'inscrire ce type d'échanges au coeur du tissu économique de la Suisse, puisque les PME constituent les deux tiers de l'emploi du secteur privé dans notre pays.

Thème «formation»

La discussion autour du thème «formation», partant d'une information sur les activités de la «Commission Langue 2» de la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique et sur la Fondation *ch*, nous a conduit à identifier les problèmes suivants:

1. Les systèmes de formation, dans leur organisation actuelle, ne mettent pas à profit l'expérience, les compétences, et le temps libre des retraités; il y a là un potentiel important à valoriser.
2. La réalité de l'enseignement de la langue seconde continue à souffrir de rigidités, en dépit d'une recherche très active et d'un nombre croissant d'expériences de terrain novatrices.
3. Le fédéralisme peut s'avérer problématique, puisqu'il entrave la coordination inter-cantonale, et bien sûr inter-régionale, en matière de formation linguistique. Le démantèlement de la «Commission Langue 2» de la CDIP apparaît donc comme regrettable, tant qu'une structure de remplacement ne sera pas mise en place.
4. Il faut s'attaquer de front à la question du (des) dialecte(s) alémanique(s), non à propos de l'ampleur de leur usage, mais en tant que (possible) composante de la formation en allemand pour les Romands et les Tessinois (le cas des Romanches étant, à cet égard, tout à fait particulier, puisque la plupart d'entre eux sont immanquablement conduits à acquérir une compétence très élevée en dialecte alémanique).
5. En matière de formation linguistique, la quête de la perfection (qui conduit parfois à définir des objectifs irréalistes de maîtrise de langue seconde) est un frein plutôt qu'un avantage.
6. Il y a lieu de réexaminer à fond et de renforcer les systèmes d'échange entre les régions linguistiques (il a été souligné à cet égard que contrairement à des idées très répandues, il y a proportionnellement plus de Romands que d'Alémaniques qui vont s'installer temporairement dans l'autre région linguistique).

7. Pour la grande majorité des personnes en formation (écoliers, collégiens, etc.), l'âge d'introduction de la langue seconde est sans doute trop tardif, et ne fait pas assez usage des potentialités de l'enseignement bilingue.
8. Les échanges d'information, entre enseignants et élèves, sur les possibilités d'acquérir et de développer un capital linguistique, sont insuffisants.

Compte tenu de ce qui précède, le groupe 4 a suggéré des mesures selon les axes suivants:

1. Introduction généralisée de la langue seconde dès la première année de la scolarité obligatoire, étant entendu que cette langue seconde doit être une langue nationale; l'anglais prend de toute façon assez rapidement une position dominante dans le répertoire linguistique des élèves dans les étapes ultérieures de la formation. Bien entendu, des conditions particulières doivent être prévues pour les jeunes immigrants dont la première langue n'est en général pas une langue nationale.
2. En ce qui concerne la formation des enseignants de langues secondes (pour les langues nationales), une obligation d'échange avec une autre région linguistique doit être généralisée. Idéalement, ces séjours (dont la durée peut être différenciée selon le cycle de formation où travaille l'enseignant) doivent être répétés à intervalles réguliers, par exemple tous les cinq ans.
3. Des facilités pour l'acquisition et l'entretien des compétences linguistiques dans les quatre langues nationales doivent être mises à disposition des adultes. Elles peuvent s'inscrire dans le cadre des activités de loisir, sur le modèle des systèmes déjà existants pour encourager les activités sportives, par exemple, ou tabler sur l'essor actuel du tourisme à vocation culturelle. Enfin, elles peuvent également chercher à valoriser les compétences et le temps libre de retraités plurilingues.
4. Les échanges inter-universitaires entre régions linguistiques doivent être développés; il convient par exemple d'intégrer aux plans d'études au moins un semestre dans une université d'une autre région. Ceci soulève la question de la reconnaissance mutuelle des formations dispensées par les universités et hautes écoles suisses, où les restrictions de fait encore en vigueur apparaissent particulièrement inadmissibles.
5. Il convient d'offrir (mais sans obligation) des possibilités d'acquérir une compétence passive en dialecte(s) suisse(s) alémanique(s) aux écoliers romands et tessinois; cette offre peut être incorporée au programme d'allemand «standard», comme le suggérait déjà la CDIP (Conférence des directeurs cantonaux de l'instruction publique) dans un rapport publié en 1987.

6. Il serait intéressant d'étudier, à titre expérimental, la faisabilité d'une action à forte visibilité médiatique, à savoir l'offre de cours de langues nationales destinés aux voyageurs des trains «Intercity» circulant sur les grands axes.

Thème «jeunesse»

Les enjeux de la compréhension intercommunautaire concernant spécifiquement la jeunesse ont été mis en évidence par Mme Viviane Dubath, qui a présenté les structures en place et signalé leurs limites. Cela nous a semblé soulever en priorité les problèmes suivants:

1. La communication inter-communautaire n'est pas ressentie comme un plaisir, alors que tel pourrait être le cas. Ainsi, la langue est trop souvent perçue comme une simple matière scolaire, au lieu d'être vécue comme un potentiel grâce auquel les jeunes peuvent accroître leur maîtrise de la réalité et la richesse de leur expérience de vie.
2. Certains intervenants ont relevé l'affaiblissement du sentiment de proximité entre jeunes des différentes communautés linguistiques, et donc l'accroissement d'un sentiment de «fossé».
3. Les adultes donnent trop souvent un bien mauvais exemple aux jeunes, en répétant à l'envi que «l'anglais est la langue qui compte», et que l'important se situe obligatoirement sur le plan international.
4. Le laisser-faire est dangereux, en raison de la force d'attraction considérable de la langue anglaise (notamment dans les activités de loisir). Il ne saurait donc constituer une solution et doit faire place à des mesures de valorisation de la dualité linguistique en langues nationales, par le biais des associations de jeunesse, des programmes d'échange, de la vie professionnelle, etc.

Pour le groupe de l'atelier 4, les actions à envisager en priorité dans ce domaine sont notamment les suivantes:

1. Il est indispensable de *clarifier* les objectifs sur le plan macro-social: de quel *projet* la Suisse entend-elle se doter? Quelles sont les «implications» de ce projet en ce qui concerne la place (ou, plus précisément, le partenariat) des langues nationales du pays? A cet égard, il est urgent d'engager une réflexion sur la politique linguistique future de la Suisse, en privilégiant moins un examen linguistique qu'une réflexion sociale, politique et économique.
2. Les programmes d'échanges de jeunes, même partiels, doivent être développés et soutenus à grande échelle.

Thème «médias»

Cette thématique a été introduite par M. Ivan Duc, qui a relevé une tendance à l'homogénéisation intra-régionale, doublée d'une hétérogénéisation interrégionale des médias. Pour le groupe 4, ceci soulève en particulier les problèmes suivants:

1. La télévision joue un rôle prépondérant; or, celle-ci a besoin d'images, et elle filtre et sélectionne en conséquence les informations portées à la connaissance du public. La promotion des échanges intercommunautaires constitue très rarement un sujet porteur pour les chaînes de télévision.
2. L'entretien de correspondants dans d'autres régions linguistiques est très coûteux pour tous les médias.
3. Pour plusieurs intervenants, la SSR, trop dépendante des taux d'écoute, ne remplit pas son mandat d'information entre les régions linguistiques; c'est la contrepartie d'une «dérive-spectacle» d'une part, et de la présence très (ou trop) marquée du dialecte dans les programmes de la télévision alémanique.

Face à ces problèmes, les priorités pour l'action que suggère le groupe 4 sont les suivantes:

1. Il faut optimiser l'usage de la technologie audio-visuelle disponible. On peut ainsi développer la cablodiffusion avec traduction simultanée d'émissions de type «Table ouverte»; on peut aussi compléter l'offre de sous-titres: par exemple, un film diffusé en langue allemande pourrait aussi livrer, via télétext, non seulement les sous-titres en français ou en italien, mais également la version écrite en allemand des dialogues parlés, autorisant ainsi un meilleur travail d'acquisition linguistique dans le cadre d'une activité de loisir. Cette offre devrait être aussi généralisée que possible.
2. Il convient d'encourager la conception et la réalisation commune d'émissions par les collaborateurs des télévisions alémanique, romande et tessinoise, y compris d'émissions destinées à être diffusées séparément dans chacune de ces trois langues. Cette formule serait tout particulièrement adéquate pour des émissions sur des sujets d'intérêt national, ou sur des sujets directement pertinents pour la problématique de l'entente intercommunautaire.

Conclusion

Le séminaire était certes trop bref pour faire le tour des questions très complexes qui y ont été abordées. Qui plus est, la comparaison avec les

expériences étrangères en matière de *gestion de la diversité linguistique et culturelle* montre qu'il existe bien d'autres domaines où la réflexion doit être entreprise et poursuivie, soit sur le plan fondamental, soit sur celui des politiques à mettre en place en Suisse.

Il reste que la formule choisie nous semble fort utile, notamment pour les deux raisons suivantes.

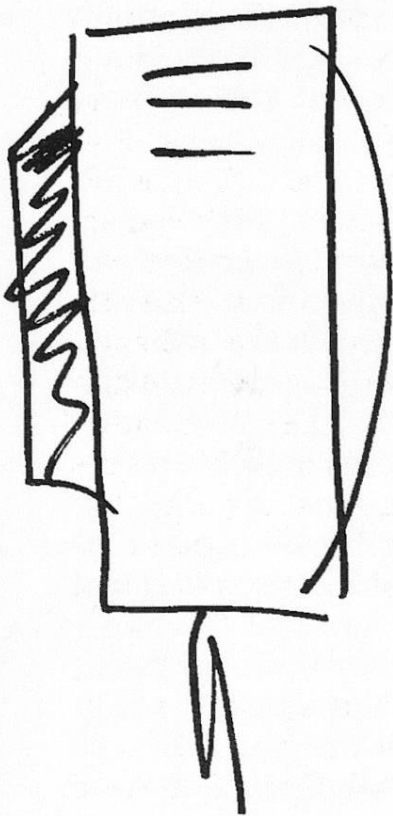
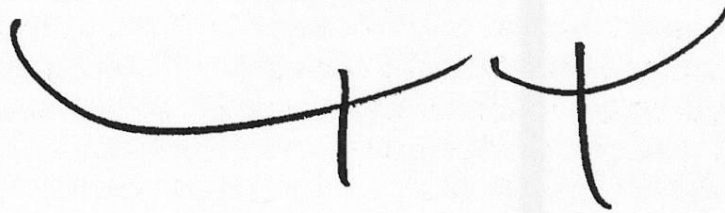
Premièrement, suite à l'adoption du nouvel article constitutionnel sur les langues (art. 116 cst.) le 10 mars 1996, la Suisse peut enfin songer à mettre sur pied une véritable politique linguistique. Certes, les compétences nouvelles dont dispose à présent la Confédération demeurent limitées; toutefois, il ne fait aucun doute que les problèmes doivent être pris en main, et que le laisser-faire et l'amateurisme n'ont plus leur place. Le séminaire organisé sous l'égide du Forum Helveticum et de l'Office fédéral de la culture est donc particulièrement bienvenu, puisqu'il offre l'occasion d'ouvrir plus largement le débat sur une série de questions cruciales pour l'avenir de notre pays.

Deuxièmement, une politique linguistique se constitue simultanément sur plusieurs plans: il existe d'un côté une réflexion scientifique, aux volets théoriques et empiriques, qui se situe à cheval sur plusieurs domaines de recherche (le fait que la Suisse accuse, paradoxalement, un certain retard dans certains de ces domaines ne fait que souligner la nécessité de ce travail). C'est largement de cet aspect de la politique linguistique dont il est question dans la littérature spécialisée. Toutefois, une politique linguistique se définit aussi en réponse aux besoins d'autres groupes d'acteurs: les décideurs politiques, les administrations qui mettent en forme et appliquent leurs décisions, les décideurs de l'économie privée et la société civile, qu'il s'agisse de citoyens ou résidents individuels ou d'associations qui les regroupent. Les séminaires tels que celui des 27 et 28 juin 1996 permettent *d'articuler* ces différents plans, par la mise en relation (convergente ou divergente) des représentations et des objectifs de ces différents groupes d'acteurs. Nous estimons donc que la politique linguistique doit être conçue en termes de partenariat entre ces groupes, ce qui rend des occasions de rencontre et de débat tout particulièrement souhaitables.

En bref, des séminaires de ce type répondent à un besoin certain, et aident à structurer une démarche permettant de réfléchir aux moyens de répondre à ce besoin. Il y a donc lieu de renouveler l'exercice, et de prévoir régulièrement des rencontres du même type pour approfondir une nécessaire réflexion et pour accompagner l'élaboration et la mise en place de mesures favorisant la compréhension entre les communautés linguistiques de Suisse.

LA TÉLÉVISION MET LES SUISSES
D'ACCORD!

C'EST NUL!



BARRIGUE

© by FORUM HELVETICUM

